

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 72 (1992)
Heft: 2

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

Verkümmern die Talente, verkümmert das Land

Für neue flexible Verbindungen zwischen Berufslehre, Berufsschule und Mittelschule

Zurzeit läuft die Schweiz Gefahr, bildungspolitische Entscheidungen voreilig und einseitig im Hinblick auf die Entwicklung in der EG zu treffen. Zunächst sollten in der Schweiz jedoch bildungspolitische Probleme wie die Dominanz des dualen (oder, wenn ein Einführungskurs dazugehört, trialen) Berufsbildungssystems grundsätzlich angegangen werden, um zu tragfähigen und eigenständigen Lösungen zu gelangen. Erst in einem weiteren Schritt müssten diese Lösungen auf die Europaverträglichkeit hin überprüft und allenfalls Änderungen im gegenwärtigen Bildungswesen vorgenommen werden. Ein ausschliesslich auf die EG ausgerichtetes Flickwerk in allen Bereichen des bestehenden Bildungswesens kann letztlich nur zu einem schiefen und verwässerten Bildungsgefüge mit einer beträchtlichen Einbusse bei den Leistungsansprüchen führen.

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Lernorte Mittelschule, Berufsschule und Lehrbetrieb grundsätzlich miteinander zu vergleichen. Nicht um europaverträgliche Lehr- und Stundenpläne soll in erster Linie gefeilscht werden; auf dem Prüfstand steht vielmehr die in der EG vorherrschende bildungspolitische Tendenz, auf der Sekundarstufe II einer rein schulischen Ausbildung den Vorzug zu geben.

Lernorte der Schüler und Lehrlinge

Nach Lernorten unterscheiden sich die Rollen zwischen Ausbildnern und Auszubildenden: Lehrmeister und Lehrling im Lehrbetrieb, Lehrer und Schüler (Student, Gymnasiast, Seminarist, Berufsschüler) in der Schule, wobei wir es bei den Mittelschulen meist mit Vollzeit-, bei den Berufsschulen oft mit Teilzeitschulen zu tun haben.

Der Mittelschüler ist mit dem Schulunterricht als zeitlich zusammenhängende und grösstenteils ununterbrochene Vollzeiterfahrung vertraut. Die Ausbildung des Lehrlings – rund sieben von zehn Jugendlichen durchlaufen eine Berufslehre – gilt als Teilzeiterfahrung; seine Ausbildung wird durch Arbeitseinheiten unterbrochen oder umgekehrt: arbeitet der Lehrling als williger und billiger Lückenbüsser in einem ausbildungshemmenden Anstellungsverhältnis, wird die Arbeit durch schulische Verpflichtungen unterbrochen, vereinzelt gar jede Schulminute als Verschwendug kostbarer Arbeitszeit empfunden.

Der Vollzeitschüler ist fähig und bereit, während der Dauer seines Studiums eine ganztägige Berufstätigkeit auf später zu verschieben. Der Lehrling nimmt die Rolle der Erwerbstätigkeit im Beruf und möglicherweise in der Fami-

lie früher wahr und misst ihnen dadurch auch ein grösseres Gewicht bei.

Die wichtigste Umwelt des Schülers ist das Schulhaus mit einer ausbildungsfreundlichen Infrastruktur; Schüler verschaffen sich leicht Zugriff zu lern- und gemeinschaftsfördernden Ressourcen: Labor und Bibliothek, Internat und Mensa, Studentenbude und -kneipe, Musikzimmer und Turnhalle, gesundheitliche Betreuung und kulturelle Animation. Der Lehrling bewegt sich vor allem am Arbeitsplatz, seinem Zuhause, erst dann in der Berufsschule. Seine schulische Lernumwelt muss der Lehrling durch eigene Anstrengungen bereichern, um sich die bestmöglichen Einrichtungen und Hilfen für seinen Ausbildungsgang zu verschaffen, z. B. durch Wahl einer Lehrfirma mit einer hervorragenden betriebsinternen Ausbildung oder durch die Mitwirkung in persönlichkeitsfördernden Jugendgruppen.

Lehrer lieben das Präteritum, Lehrmeister das Futur

Als Ausbildner pflegen sie in der Regel höchst unterschiedliche Zeitachsen: Lehrkräfte halten Rückschau, Lehrmeister halten Vorschau. Die Lehrer kennen die Retrospektive, Lehrmeister suchen die Prospektive. Lehrer unterrichten vergangenheitsverloren; Lehrmeister bilden zukunftweisend aus. Oder: Schulmeister lieben das Präteritum, Lehrmeister das Futur.

Die Tatsache, dass sich Lehrer und Lehrmeister an diametral entgegengesetzten Zeitachsen ausrichten, prägt die grundlegenden Handlungsmaximen der Ausbildner in Schule (Ort der Unterrichtsveranstaltung) und Lehrbetrieb (Ort des freien Wirtschaftens):

- Lehrer informieren additiv und repetitiv (gliedern Stoff schülergerecht und wiederholen), Lehrmeister forschen integrativ und innovativ (führen Bedürfnisse marktgerecht zusammen und entdecken neue).
- Lehrer segmentieren komplexe Materien (schülergerecht zu leicht verdaulichen Häppchen), Lehrmeister realisieren Ideen (marktgerecht als Bedingung im wirtschaftlichen Überlebenskampf).
- Lehrer urteilen aufgrund der Bottom-Up-Methode (schülergerecht zuerst die Details) analytisch, Lehrmeister urteilen aufgrund der Top-Down-Methode (marktgerecht zuerst der Kerngedanke, die zündende Idee) synthetisch.

Wennleich Lehrmeister zunächst marktgerecht handeln, würde es einem Kurzschluss entsprechen, daraus eine Benachteiligung der Lehrlinge ableiten zu wollen: Lehrlinge lernen zunächst am praktischen Modellverhalten der Lehrmeister, zum Beispiel gegenüber Kunden. Indem Lehrlingen die Möglichkeit eröffnet wird, berufliche Fähigkeiten und Fertigkeiten zu üben und anzuwenden, konsolidieren sie das Gelernte (Festigung, Vertiefung, Lernkontrolle) in der Praxis, was Vollzeitschüler entbehren.

Künstliche Schulwelt an der Oberstufe

Die persönlichen Schulerfahrungen in der Volksschule gelten als Quelle des Lern(miss-)erfolges. Im Unterschied zu Gymnasiasten und Seminaristen haben Berufsschüler ihre obligatorische Schulzeit oft schulmüde abgeschlossen. Sie wissen mit 16 Jahren am Ende der Sekundarstufe I nicht «was sie können», sondern «was sie nicht können». Wenn

die Volksschule es fertig bringt, den Schulabgängern zeitlebens das Vertrauen in die eigenen Lernfähigkeiten und -fertigkeiten zu nehmen, dann begibt sie vorsätzlichen Lernmord. Als Täter steht die Sekundarstufe I unter dem Deckmantel vermeintlich persönlichkeitfördernder Ausbildungsgestaltung – jedoch bar hart erarbeiteter Kulturttechniken – in Verdacht.

Entgegen der landläufigen Meinung verzögern Abgänger der obligatorischen Schule immer häufiger zwangsläufig oder freiwillig den Übertritt zur Sekundarstufe II (Gründe: Schulmüdigkeit, Vorbereitung auf Anforderungen der beruflichen Erstausbildung, minimales Eintrittsalter für bestimmte Berufsausbildung). Bereits schaltet eine Mehrheit nach Abschluss der Sekundarstufe I Such- oder Zwischenphasen ein, die angesichts eines ausgewiesenen Fachkräftemangels volkswirtschaftlich teuer zu stehen kommen. Nur noch eine Minderheit der Jugendlichen tritt von der obligatorischen Schule direkt in die Hauptausbildung der Sekundarstufe II über.

Die Schule ist ein Schonraum – für Lehrer und Schüler. In der künstlichen Welt der Veranstalteten Unterrichtseinheiten macht der Lehrer keine Fehler. Die Probleme, die Lehrkräfte und Schüler im 45-Minuten-Takt lösen lernen, hat bereits jemand vor ihnen richtig gelöst. In der Schule gibt es keinen Platz für Probleme, zu deren Lösung Monate oder gar Jahre benötigt werden, oder für Probleme, die womöglich gar keine Lösung haben. Der Lehrling erlebt den Lehrmeister scheitern, manchmal gar kläglich scheitern, Fehler machen und Schwächen eingestehen, das Tun an selbstgesetzten und widersprüchlichen Zielen messen sowie Fremd- und Selbstkritik miteinander vergleichen. Lehrer

geben Schülern diese Chance nicht. Oder hat je ein Schüler die Selbstkritik des Lehrers mit der Fremdkritik des Inspektors vergleichen sehen? Sind die angeblichen Stärken der Lehrer – keine Fehler machen – die Schwächen der Lehrmeister? Lehrlinge und Lehrmeister packen Fehler als Chance, marktgerecht zu handeln.

Lehrer in der Volks- und Berufsschule haben Lehrlingen eingeschärft, keine Sünden und – weit schlimmer – keine Fehler zu begehen. Kaum der künstlichen Schulwelt der vier Klassenzimmerwände entwichen, können sie in der wirklichen Arbeitswelt den Fehler, keine Fehler zu machen, gar nicht machen.

Richtige Fragen – Richtige Antworten

Lehrmeister stellen offene Fragen, sie wollen den stets vorläufigen Irrtum des beruflichen Wissens und Könnens verringern. Der Lehrer stellt hingegen möglichst enge und geschlossene Fragen, um sofort richtige von falschen Antworten trennen zu können. Nach richtigen Schülerantworten kann das Problem in einer Klausur geprüft und hernach endgültig ad acta gelegt werden: die nächste Lehrerfrage folgt so sicher wie der Tag der Nacht. Im Unternehmungsgeschehen sieht sich der Lehrling stets wechselnden Anforderungen gegenüber; immer wieder entstehen neue Problemdefinitionen und -situationen. Für Lehrmeister und Lehrlinge gilt daher, die Situation in ihrer Entwicklung zu überwachen, Problemlösungen möglichst lernfähig zu gestalten, diese kontinuierlich und flexibel weiterzuentwickeln, schliesslich sensitiv und kreativ zu sein für schwache Signale neuer Problemsituationen.

Wenn die Schüler in der Schule für richtige oder falsche Antworten Lob oder Tadel erhalten, so gilt für Lehrlinge in Lehrbetrieben: Lob oder Tadel für richtige oder falsche Fragen. Lehrer legen Wert auf richtige Antworten, Lehrmeister auf richtige Fragen. Folgerichtig werden Berufsschüler verstärkt – in der Berufsschule reagierend (richtige Antworten geben), im Lehrbetrieb agierend (richtige Fragen stellen). Solcherart regen Lehrbetriebe junge Menschen eher zur Selbsttätigkeit an; Berufsschüler erleben den Lehrbetrieb oft kurzweiliger als die Berufsschule.

Halbwertszeiten des Wissens, Vollwertszeiten des Handelns

Die rasante Entwicklung in allen Gesellschaftsbereichen führt zu einer anhaltenden «Wissensexpllosion». Die stets kürzeren Halbwertszeiten des Wissens führen zu einem Bedeutungsschwund der Fachausbildung in der Erstausbildung – nicht jedoch der kulturtechnischen Grundlagen. Angesichts der schleichenden Entwertung der Erstausbildung bei gleichzeitig zunehmender Bedeutung der Weiterbildung ist die Grundausbildung kurz zu halten. Die Vorbildung in Volksschulen – insbesondere die Feinabstimmung zwischen den Sekundarstufen I und II – muss klar umrissen sein, um überflüssige und teure Doppelspurigkeiten zu verhindern.

Lernen umfasst mehr und mehr die gesamte Lebensspanne, was Rückwirkungen auf die Bedeutung der Erstausbildung zulässt. Erfolgreiche Erstausbildungsabschlüsse stellen für junge Menschen kaum mehr abschliessende Lernziele dar. Ein Lehrling formuliert griffig: «*Die Schule habe ich wie folgt besucht: 1 Jahr Kindergarten, 6 Jahre Primar-*

schule, 3 Jahre Sekundarschule, 4 Jahre Berufsschule. Insgesamt 14 Jahre. Und wozu? Um mich weiterzubilden».

Die Halbwertszeiten des Wissens spüren vor allem Mittelschüler, zumal Matura und akademische Profession für Studenten ohnehin in weiter Ferne stehen. Schmerzlich empfinden die Studenten die Halbwertszeiten des Wissens spätestens nach Studienabschluss mit dem ersten Praxisschock. Lehrlinge hingegen erfahren täglich den Stand ihrer Berufstüchtigkeit; sie arbeiten ständig an ihrer beruflichen Kompetenz, an ihrem beruflichen Engagement. Dass Lehrlinge die stets vorläufig gültige Vollwertszeit des konkret-praktischen Handelns der stets schwindenden Halbwertszeit des abstrakt-theoretischen Wissens entschieden vorziehen, drückt sich in der Handlungsmaxime der Lehrmeister und Lehrlinge aus: Lieber heute handeln als morgen wissen, was gestern bereits zu altern begann.

Wirklichkeit aus erster und zweiter Hand

Der Lehrling erfährt die Sinnhaftigkeit seiner konkret-praktischen Arbeit in unmittelbarer Auseinandersetzung mit dem gesamten Berufsfeld; in der pädagogisch präparierten Schule haben Mittelschüler gelegentlich Erlebnisse der Sinnlosigkeit durch abstrakt-theoretische Aufbrüche ins Leere, zumal Unterrichtsinhalte einer gefilterten Wirklichkeit aus zweiter Hand entsprechen. Unterdrückt und vernachlässigt werden im welt- und lebensfremden Immunmilieu namens «Buchschule» ureigenste Bedürfnisse der Mittelschüler, teilzuhaben «am Leben». Im Unterschied zu den Schülern erlebt der Lehrling die Wirk-

lichkeit unmittelbarer. Eine Verkaufslehrtochter der Sportbranche, die zusammen mit dem Lehrlingsausbildner in eine Felswand steigt, um die Gerätschaften kletternd zu erproben, wird den Kunden einwandfrei beraten können; der Alpinist, auf eine erprobte Ausrüstung bedacht, wird's danken.

Die Wirklichkeitserfahrung der Schüler ist pädagogisch dosiert, eine Prüfung über den Subjonctif verkörpert das wirkliche Leben nicht. Die Wirklichkeitserfahrung der Lehrlinge hat unmittelbare Auswirkungen; etwa eine falsch gelegte elektrische Leitung oder eine schlecht geformte Frisur. Vollzeitschüler erleben selten das Gefühl, Einfluss auf Handlungsabläufe nehmen zu können. In der Schule äussert sich diese Haltung in einer zunehmenden Abneigung gegenüber einem Unterricht, der zwar alle Probleme thematisiert, aber die Schüler im Gefühl der Ohnmacht leben lässt. Schule wird zu einem Forum für nutzlose Diskussionen, die an der Wirklichkeit nichts ändern. Die reine Erörterung der anstehenden Probleme im Unterricht stumpft die Schüler ab; sie möchten nicht nur nachdenken, verarbeiten und reden, sondern Handlungsspielräume erobern und auskosten. Für junge Menschen, die den Unterricht als Wirklichkeitsgrund erleben, wäre ein Bildungsgang zu schaffen, welcher zwischen Gymnasium (im Sinn eines Sammelbegriffs für alle Vollzeitschulen) und Berufslehren durchlässig ist: Maturanden absolvieren eine verkürzte Berufsausbildung, Vollzeitschüler steigen nach bestandener Teil- oder Zwischenprüfung (mittlere Reife) in eine verkürzte Lehre ein. Die Bedingungen und Auflagen müssen gesetzlich institutionalisiert und keinesfalls «ad personam» geregelt werden. Gegenwärtig wechseln oft gescheiterte Gymnasiasten in eine Berufslehre,

wo sie eher berufspraktisch denn schulisch erfolgreich sind.

Ohne Netzwerk kein Lernen

Mit dem Wegfall der Bezugspersonen aus der Volksschule mag der in weiterführende Schulen oder in einen Lehrbetrieb eintretende Jugendliche vorübergehend an Halt und Geborgenheit verlieren. Indem der junge Mensch neue (Lern-)Rollen übernimmt, baut er ein Netzwerk auf, welches in Verbindung mit Erwachsenen und Gleichaltrigen steht.

Der Schüler ist eindeutig in der Rolle des Lernenden fixiert; der Lehrling ist Lernender und Mitarbeiter zugleich. Während der Lehrling ununterbrochen die Verantwortung für seine Arbeit trägt, wird der Verantwortungsbereich des Schülers auf die Noten eingeschränkt. Verantwortung und Verpflichtung müssen gleichsam künstlich eingeführt werden, derweil der Lehrling die Selbstbehauptung samt Unterordnung (gegenüber Chef, Lehrmeister), Einordnung (Mitarbeiter, Lehrlinge) und Überordnung («Unterstift») täglich neu leisten muss.

In Jahrgangsklassen findet der Schüler Unterstützung für altersgemäßes Verhalten. Schüler vergemeinschaften sich stärker als Lehrlinge; Vollzeitschüler sind häufiger zusammen als Berufsschüler, im Unterricht, in Pausen, in der Mensa. Dadurch können Gruppen- und Rollenzwänge entstehen (z. B: Lernminimalismus). Wird die Gruppenzugehörigkeit in Form einer ausgeprägt schulklassenbezogenen Binnenorientierung dem Mittelschüler gleichsam anerboten, so müssen die Lehrlinge Möglichkeiten zur Geselligkeit meist ausserhalb des Lehrbetriebs suchen.

Lehrlinge und Lehrmeister sind in Kleinbetrieben oft während der täglichen Arbeitszeit zusammen; dadurch ist die Möglichkeit zu einer überdauernden zwischenmenschlichen Beziehung in persönlicher Wertschätzung gegeben. Lehrer lernen ihre (Berufs-)Schüler nur in einem Fach kennen; Lehrer laufen Gefahr, fachbezogene Schülerleistungen pars pro toto auszugeben.

Die Tatsache eines Schonraums schützt das schulische Netzwerk zwischen Lehrer und Schüler vor der Unbill gesellschaftlicher Spannungen und verlängert für die Schüler die Jugendzeit bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hinein. Das Erwachsenwerden der Schüler wird kaum bemerkt; Lehrer bleiben gelegentlich an der Verknüpfung «Vollzeitschüler – Kind» haften. Die Schüler mit «Sie» statt mit «Du» anzusprechen, ändert daran wenig. Die existentielle Struktur der Arbeit – auf Gedeih und Verderb auf Überleben und Gewinn ausgerichtet – lassen Lehrmeister und Lehrling keinen Schonraum. Der Lehrling löst den Status «Jugendlicher» rascher mit dem Status «Erwachsener» ab. Schüler hingegen bleiben länger «nicht mehr Kind und noch nicht Erwachsene».

Zehnkämpfer bleiben Einzelkämpfer

In der Schule herrscht Einzelarbeit vor, und sowohl der Berufsschüler als auch der Mittelschüler ist angesichts der zahlreichen Einzelfächer – nicht erst in den Abschlussprüfungen – ein Einzelkämpfer. Im Gegensatz zu schulischen Prüfungen oder Hausarbeiten, bei denen Zusammenarbeit gemeinhin als Täuschungsversuch gewertet wird, erfordern viele berufliche Probleme eine Zusammenarbeit in Gruppen (Projektteams). So verlangt die Wirtschaft von

den Auszubildenden: Kommunikation als Fähigkeit zum gegenseitigen Austausch, Kooperation als Fähigkeit zur Zusammenarbeit, Konsensbildung als Fähigkeit zur Konfliktlösung. Der Lehrling ist am Arbeitsplatz selten in der Altersgruppe; meist arbeitet er zusammen mit Erwachsenen (Lehrmeister, Mitarbeiter). Am Arbeitsplatz findet er keine Unterstützung für altersgemäßes Verhalten, höchstens das Verständnis des Lehrmeisters.

Während die Schüler in Schulklassen untereinander konkurrieren, tritt der Lehrling mit Erwachsenen in Konkurrenz: «Was kann ich schon wie der Mitarbeiter? Was kann ich noch nicht?» Stehen Schüler untereinander in Konkurrenz, kann der innere Halt, den Schulklassen bieten könn(t)en, entzogen und die Gruppenzugehörigkeit gestört werden; Schüler tricksen sich häufig gegenseitig nach Noten aus; der Zweck – und sei es ein Notenzehntel – heiligt die Mittel.

In vielen Berufsschulklassen kann angesichts eines verschärften Stoffdruckes in Teilzeitschulen ein geringer Zusammenschnitt und ein Mangel an echten Begegnungsmöglichkeiten beobachtet werden.

Lieber einen Fünfer im Geldbeutel als im Zeugnis?

Erreicht ein Mittelschüler keinen genügenden Notendurchschnitt, folgt eine Zurückversetzung oder Entlassung aus der Schule. Im Unterschied zu Mittelschulen kennen Berufsschulen weder eine Selektion noch eine qualifizierte Promotion. So nimmt eine Berufsschule jeden Lehrling auf, der einen rechtsgültigen Lehrvertrag aufweist; bei Schuleintritt spielen Schulleistungen höchstens

eine Rolle für schulinterne Zuweisungen. Erfüllt der Lehrling die Leistungserwartungen in Lehrbetrieb oder Schule nicht, folgt ein Antrag auf Umwandlung oder Auflösung des Lehrvertrages. In Zeiten des Lehrlingsmangels kann dies dazu führen, dass die fehlende Eignung durch Stützkurse, Hausaufgabenhilfe und Nachhilfeunterricht kompensiert werden muss, und dass Berufsschulen gar zu eigentlichen Sonderschulen werden.

Angesichts dieser Tatsache können dafür die besten Berufsschüler nicht ausreichend gefördert werden. Die Dauer der Erstausbildung ist für starke und schwache Lehrlinge dieselbe. Wenn die siebziger und achtziger Jahre angesichts der mittlerweile ausgebauten Hilfestellungen bei Lernhemmungen getrost als Förderjahre der Leistungsschwächeren bezeichnet werden dürfen, sollte das angebrochene Jahrzehnt unbedingt stärkere Leistungsanreize für begabtere und lernwillige Berufsschüler bringen: inskünftig sollen Berufsmittelschulen eine zu schaffende Fachmatura (mittlere Reife) mit prüfungsfreiem Übertritt in eine Fachhochschule, die zukünftigen Fachhochschulen (heute HWV/HTL) eine Berufsmatura ermöglichen. Fachhochschulen werden für Berufsschüler dann attraktiv, wenn das Recht auf einen Studienplatz ohne Warteschlangen verbrieft ist. Wenn der Bund als Schirmherr der Berufsbildung sowohl Fach- als auch Berufsmatura ermöglicht, werden sich die Kantone unverzüglich über Kapazitäten und Investitionen von Berufsmittelschulen und Fachhochschulen unterhalten müssen. Was bildungspolitisch not tut, ist die Einsetzung einer eidgenössischen Berufsmaturitätskommission mit angesehener Vertretung der interessierten Kreise.

Der Mangel an guten Fachleuten kann nicht durch eine höhere Akademikerquote behoben werden, und die Senkung des Qualitätsniveaus bei der Maturität als Zulassungsbedingung zu den Hochschulen ist ein Irrweg. Dies sollte auch bei einer Europäisierung unbedingt beachtet werden.

Die Begabtenförderung ist nicht nur in der Berufsbildung wichtig, sondern auch bei Absolventen der Mittel- und Hochschule. Eine grössere Zahl durchschnittlicher und unterdurchschnittlicher Hochschulabsolventen verursacht nicht nur einen höheren Aufwand an Ausbildungskosten, sondern kommt auch den kompetenten Berufskadern in die Quere. Das geltende verkrustete System mit seiner Nivellierungstendenz macht auch unter den Schülern das Streben nach Höchstleistungen verhasst und fördert einen «Zwei-Drittel-Perfektionismus», schliesslich genügt bei einer Maximalnote von 6 eine 4, um den Erstausbildungsabschluss zu schaffen. Das Berufsbildungswesen in seiner Starrheit und Beharrlichkeit zwingt die Lehrlinge zur Devise: «*Lieber einen Fünfer im Geldbeutel als im Zeugnis.*» Für eine Note 5 oder 6 in der Erstausbildung fehlen derzeit weitgehend Leistungsanreize (Wahl kürzerer Ausbildungsgänge für stärkere Lerner, Durchlässigkeit, Anschluss an weiterführende Schulen bis zur Hochschulreife). Immerhin bleiben für die Lehrlinge die Leistungsanreize im Betrieb (z. B. Beteiligungsformen und Lohnaufbesserung), selbst in bezug auf Noten (Prämiensystem bei Lehrabschlussprüfungen).

Redner in der Schule, Macher im Lehrbetrieb

Da Schulaufgaben als Grundlage für Benotungen herangezogen werden, sind

die Bedingungen für alle Schüler identisch: Jeder Schüler erhält ausreichende Informationen zur Lösung der Aufgabenstellung. Bei beruflichen Problemen ist dies selten der Fall; oft müssen Berufsleute zuerst umfangreiche Ermittlungen anstellen, um überhaupt das Problem zu erkennen. Schulische Probleme hingegen sind objektiv gegeben und müssen nur noch klar formuliert werden. Im Unterschied zu den Schülern müssen Lehrlinge häufiger Informationen sammeln und beschaffen, gewichten und auswählen. Im Lehrbetrieb steht entdeckendes, kooperatives und integratives Lernen im Vordergrund. Darum haben die Lehrbetriebe häufig modernere Lehr- und Lernmethoden als die Berufs- und Vollzeitschulen.

In der Schule, besonders im Gymnasium, herrscht rationales, analytisches, logisches und methodisches Denken, im Lehrbetrieb herrscht intuitives, synthetisches, spontanes, pragmatisches Handeln vor. Das Lernen wird von Lehrkräften und Experten auf der Grundlage normativer Standards oft in Punktzahlen gemessen und in Schulnoten ausgewertet. Berufliche Probleme erfordern jedoch Fähigkeiten, die Schulen weder messen noch vermitteln können. Kreativität, Sensitivität und Intuition als berufspraktische Erfolgsfaktoren sind in der Schule zwar geschätzt, doch kaum lehrbar. Umgekehrt lassen sich nicht in allen Fachgebieten einschlägige Lerninhalte im Lehrbetrieb erarbeiten; diesem Nachteil ist mit eigenständigen Schulfächern systematisch und vermehrt auch mit Teilzeitlehrkräften aus der Praxis zu begegnen (z. B. im Fach Rechtskunde). Lehrmeister neigen dazu, berufliche Routinen und Automatismen fraglos zu fordern und das Nachdenken und Urteilen zu vernachlässigen, was weder die Innovation noch das kritische Reflektie-

ren und Suchen nach neuen Lösungen fördert.

Diese Gefahr ist durch eine Verstärkung der Allgemeinbildung unserer Berufsschüler in Kernfächern (gleich für alle Berufsmittelschulen), in Pflichtfächern (abnehmerspezifisch für HWV und HTL), in Pflichtwahlfächern (abnehmerspezifisch) und in Freifächern (nicht notenrelevant) zu begegnen. Darf die Allgemeinbildung nicht ein Privileg des Gymnasiasten bleiben, so gilt in Zukunft das Konzentrationsprinzip: einige wenige Lernbereiche statt viele Einzelfächer, einige wenige Prüfungsbereiche statt viele Prüfungsfächer. Das Konzentrationsprinzip fordert folgerichtig die Lehrerausbildung heraus: der Fachlehrer soll durch den «Lernberichtslehrer» ersetzt werden.

Lehrpläne und Wegleitung

Von der starren Aufgliederung in Allgemein- und Berufsbildung – entweder Allgemeinbildung ohne Berufsbildung (Mittelschule) oder Berufsbildung ohne Allgemeinbildung (Berufsschule) – ist auf der Sekundarstufe II abzukommen; zu schaffen sind Plattformen differenzierter Umsteigmöglichkeiten zwischen Lehrgängen, die Lernenden bedürfnisgerecht sowohl Berufs- also auch Allgemeinbildung vermitteln – aufgegliedert in Vollzeit- und Teilzeitschulen, wahlfrei in Block- oder Teilzeitunterricht. Durchlässigkeit erfordert an den Scharnieren zwischen den verschiedenen Institutionen definierte Standards. Daraus folgt das bildungspolitische Postulat der gesetzlichen Verankerung von Minimal-Lehrplänen, welche eine gegenseitige Abstimmung zwischen den Lernorten ermöglichen und einen Niveaualausgleich sicherstellen. Erst dadurch sind die Vor-

aussetzungen für die Durchlässigkeit geben. In Ergänzung zu den Minimallehrplänen sollten die einzelnen Schulen die Möglichkeit haben, fachbezogene Wegleitung flexibel auszugestalten. Minimallehrpläne sollten etwa drei Viertel der Unterrichtszeit verbindlich festlegen, während die übrige Unterrichtszeit aufgrund offener und öffentlich diskutierter Wegleitung frei gestaltet werden kann. Solche Wegleitungen könnten folgende Postulate erfüllen: Begabtenförderung (Förderung der Besten), Üben (zusätzlich in schwächeren Klassen), Durchlässigkeit (Berücksichtigung von Umsteigeabsichten), Vorbereitung (Anschluss an weiterführende Schulen), Anwendung (in Praxisfeldern), Gegenwartsbezug (Brücke zu Gegenwartsfragen schlagen), Vertiefung (Fachgebiete gemäss Lehrer- bzw. Schülerpräferenzen vertiefen), Vernetzung (Verknüpfung verschiedener Fachgebiete), Fortschritt (Anregung zu neuen Unterrichtseinheiten).

EG-Kompatibilität über alles?

Zurzeit wissen bedauerlicherweise nur wenige Bildungspolitiker, Schulleiter und Lehrkräfte, was sie wollen; die meisten wissen lediglich, was sie schulisch nicht (mehr) wollen. Damit avancieren diejenigen, die wissen, was sie nicht oder nicht mehr wollen, zu bildungspolitischen Leitfiguren. Zukunftweisende Neuerungen bleiben aus. Sollte dieses Negativszenario inskünftig greifen, könnte eine bildungspolitische Sklerose – schneller als uns lieb ist – nicht bloss Talente, sondern auch die ganze Schweiz verkümmern lassen. Wer aufgrund der hier offengelegten Stärken

und Schwächen dreier Lernorte (Vollzeit-Mittelschule, Teilzeit-Berufsschule und Lehrbetrieb) die Frage nach der EG-Kompatibilität des Schweizer Bildungswesens stellt, sollte das Postulat der Europaverträglichkeit nicht verabsolutieren. Die Vereinheitlichung ist kein Fortschritt, wenn sie sich nicht um eine pädagogisch lernfördernde und wirtschaftlich marktgerechte Weiterentwicklung der ausgewiesenen erfolgreichen Lernorte kümmert.

Beat Schaller

Literatur

- Georg Bierbaum: Mehr als Super-Learning. München 1990.
- Rolf Dubs et. al.: Kaufmännische Berufsbildung für die Zukunft. Zürich 1989.
- Karl Frey: Allgemeine Didaktik. Zürich 1990.
- Peter Gallin / Urs Ruf: Sprache und Mathe-matik. Zürich 1990.
- Peter Gomez / Gilbert Probst: Vernetztes Denken im Management. Bern 1987.
- M. Kasser et.al.: Apprentissage 2000. Genf 1991.
- Niklaus Kubli et. al.: Modelle für die kaufmännische Grundausbildung. Zürich 1990.
- Margret Martin: Der Erwerb der Fachhochschulreife in der Bundesrepublik. Fribourg 1991.
- Roger Peters: Praktische Intelligenz. Landsberg am Lech 1988.
- Beat Schaller et. al.: Grundausbildung 2001. Zürich 1991.
- Schweizerische Gesellschaft für angewandte Berufsbildungsforschung (Hrsg.): Berufsmittelschule als Vorbereitung auf die Berufsmatur/Fachhochschule als Vorbild? Fribourg 1991.
- Ewald Terhart: Lehr-Lern-Methoden. München 1989.
- Charles Wedemeyer: Lernen durch die Hintertür. Weinheim 1984.
- Konrad Widmer: Der junge Mensch. Zürich 1978.

Plebiszit über Bushs Politik

Ausblick auf das Wahljahr in Amerika

1992 ist ein Schaltjahr auch im politischen Sinn. Die Wahl des Präsidenten, des gesamten Repräsentantenhauses, eines Drittels des Senats und vieler Gouverneure und Staatsparlamente sowie Gemeindebehörden mobilisiert die politischen Kräfte des Volks oder bezweckt dies wenigstens. Weil sich der amtierende Präsident zur Wiederwahl stellt, wird diese zu einem Plebiszit über seine Politik.

Im vergangenen Frühjahr, nach dem Sieg in Kuwait, hatte George Bushs Popularität in den Meinungsumfragen Rekordhöhen von über achtzig Prozent erreicht. Seither ist er auf unter fünfzig Prozent zurückgefallen. Dieser jähre Absturz hat verschiedene Gründe. Der offenkundigste ist die Wirtschaftslage. Die oft angekündigte Erholung von der Rezession lässt auf sich warten. Trotz dem Ende des kalten Krieges wird die Bevölkerung von Unsicherheit oder sogar Zukunftsangst erfasst. Daneben spielt sich der beinahe unfassbare Zerfall des Sowjetimperiums ab, und dieser verbreitet Gefühle der Unruhe. Er kann in seinen Auswirkungen, vor allem demjenigen auf die Vereinigten Staaten, nicht abgemessen werden.

Vertrauenskrise

Wenn angesehene Grossindustrien wie General Motors oder IBM Zehntausende von Arbeitnehmern entlassen, Banken und Sparkassen reihenweise schliessen, Pan Am zugrunde geht, dann hinterlässt das eine weitverbreitete Vertrauenskrise. Alan Greenspan, der Vor-

sitzende des Federal Reserve Board, meint: «*Dort draussen herrscht eine tiefverwurzelte Besorgnis, von der ich sagen muss, dass ich sie noch nie in diesem Mass gesehen habe in meiner Lebenszeit im Zusammenhang mit einer Wirtschaft, die gar nicht so schlecht geht*». «Dort draussen» ist das weite Hinterland ausserhalb des Beltway, der Ringbahn, welche Washington umgibt, wo oft eine ganz besondere Atmosphäre herrscht.

Schliesslich haben sich Unwille und Zorn bei jenen aufgestaut, die sich von der Regierung ausgeschlossen fühlen. Mit Ausnahme des Intermezzos von Jimmy Carter haben Republikaner seit 1968 alle Präsidentenwahlen gewonnen. Ähnlich wie nach den zwanzig Jahren der Herrschaft Franklin D. Roosevelts und Harry Trumans viele Republikaner den Chef der Exekutive herunterriissen, so dass Truman am Schluss die tiefste Popularitätsquote aller Präsidenten verzeichnete und auf eine Wiederwahl verzichtete, begegnet man heute einer Erbitterung unter den Demokraten über die republikanische Staatsführung. So hören wir einen ehemaligen CIA-Analytiker, der sein Leben dem Studium der Sowjetunion gewidmet hat, nach einem sozialistischen System in den Vereinigten Staaten rufen, ähnlich wie in Schweden – nur straffer. Oder da schimpft ein hoher Beamter des Staatsdepartements, der an eine Universität hinübergewechselt ist, dass Amerika wegen der Hyperaktivität des an Basedow-Krankheit leidenden Präsidenten in den Krieg am Persischen Golf hineingerissen worden sei. Ein dritter Intellektueller hält sich über die totale Albernheit Bushs auf.

Diese Äusserungen an sich intelligenter Menschen sind nicht zum Nennwert zu nehmen und entspringen nicht spezifischen Vorkommnissen, sondern sie sind der Ausdruck der seit einem Vierteljahrhundert aufgestauten Galle. Diese Beispiele stammen von Leuten nahe dem politischen Zentrum; wie giftig die hältlose Linke ist, kann man sich vorstellen. Diese sieht nur Arbeitslose, Obdachlose, Hungernde, Männer, die ihre Frauen misshandeln und ihre Kinder missbrauchen – kurz einen Pfuhl des Lasters, der Sünde und der Not. Der Niedergang Amerikas ist im Gang; der Untergang könnte im zweiten Millenium erfolgen. Das Beispiel der Sowjetunion dient als Vergleich.

Der Bürgermeister von Boston, *Raymond L. Flynn*, Vorsitzender der Konferenz der amerikanischen Bürgermeister, verlangt deshalb, dass für jeden Dollar, der nach der ehemaligen Sowjetunion geschickt werde, ein Dollar den Notleidenden in der Vereinigten Staaten reserviert bleibe.

Wechselnde Perzeption

Unter den vielen eigentümlichen Erscheinungen soll noch eine hervorgehoben werden. Vor zehn Jahren galt bei den Experten eine Arbeitslosenzahl von bis zu sieben Prozent als Vollbeschäftigung (die Zahlungen oder Schätzungen der Arbeitslosenzahl erfolgen in Amerika nach einem andern System als in Europa, so dass man schon in den sechziger Jahren annahm, vier Prozent Arbeitslose in Amerika entsprächen der Vollbeschäftigung in Europa). Nun findet man 6,8 Prozent eine erschreckende Zahl. Im Kongress werden Notmassnahmen gefordert.

Diesmal trifft die Wirtschaftsflaute mit ihren Entlassungen viele White-collar-worker, Angestellte bis zu den höchsten Graden hinauf, und diese reagieren viel empfindlicher als die Blue-collar-worker, die – feiwillig oder unfreiwillig – mobiler sind. Die Perzeption der Arbeitslosigkeit ist heute anders als vor etwa zehn Jahren. Die Existenzangst ist seit der «kleinen» Rezession unter Bush weiter verbreitet als während der «grossen» Rezession am Anfang von *Reagans* Amtszeit und dem «Malaise» unter Carter. Sie wird gesteigert durch die unfassbare Welterschütterung einerseits und die Stockung der politischen Dialektik in Amerika.

Erfolgreiche Aussenpolitik

Die Erfolge Bushs auf aussenpolitischem Gebiet haben vorübergehend eine triumphalistische Stimmung aufkommen lassen. Bald jedoch hat sich der Isolationismus und Protektionismus in einem Masse verstärkt, wie man es seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Diese Bewegung tritt sowohl am rechten wie am linken Flügel des politischen Spektrums auf. Bush hatte nach dem Sieg in Kuwait ein Höchstmaß an Popularität erreicht. Die Demokraten, die im Kongress gegen eine Ermächtigung zur Kriegsführung gestimmt hatten, sahen sich in die Enge gedrängt. Die ganze erste Garnitur der demokratischen Politiker verzichtete auf eine Präsidentschaftskandidatur gegen Bush, weil sie aussichtslos erschien.

Der Wahlkampf hat ein Jahr später begonnen als je seit 1972 (das wäre eigentlich als Fortschritt zu verzeichnen). Bush hatte weitere Erfolge. Er verzichtete darauf, die Spannungen in der Sowjetunion aufzureißen. Das trug ihm

von seiten der Demokraten die Kritik ein, er habe zu lange auf Gorbatschow gesetzt und zu wenig und zu spät Hilfe in Gang gebracht. Bush hat ferner Israel und die Araber zu Verhandlungen zusammen gebracht – eine Auswirkung des Golfkrieges und des Verzichts Moskaus auf weitere Abenteuer im Mittleren Osten, in Afrika und in Mittelamerika, wo die von Bush fortgesetzte sogenannte «*Reagan-Doktrin*» Erfolg hatte. Auch die schamlose Resolution der Generalversammlung der Vereinigten Nationen, welche den Zionismus dem Rassismus gleichsetzte, ist auf Drängen Bushs mit überwältigender Mehrheit abgeschafft worden, nachdem sie 16 Jahre lang Gültigkeit gehabt hatte.

In allen Fällen ist es Bush gelungen, Mehrheiten in den Vereinten Nationen zusammenzubringen und zu Taten zu veranlassen – ein diplomatisches Meisterwerk. Selbst China hat sein Vetorecht nicht ausgeübt.

Kritik oder Nörgeleien

Ein amtierender Präsident ist bei den Wahlen nicht leicht zu schlagen – noch weniger ein Präsident, der einen Krieg gewonnen hat. Aber die Gegner Bushs suchen nach Angriffsflächen. Einzelne Kritiker, denen in den grossen Zeitungen Platz eingeräumt wird, versuchen, den Sieg in Kuwait in eine Niederlage umzudeuten, weil *Saddam Hussein* nicht gleich aus dem Sattel gerissen wurde. Während des Engagements am Persischen Golf hatte sich wie ein Chor der Frösche der Warnruf «Quagmire, quagmire» erhoben, als ob Amerika in einem Sumpf versinke. Der gleiche Ruf ertönte wiederum während der Hilfsaktion für die Kurden. Nachdem sich nun erwiesen hat, dass Bush nicht im irakischen

Morast versunken ist, wird ihm vorgehalten, dass er nicht weit genug gegangen sei. Die Meinung bleibt jedoch unter den Politikern weit verbreitet, dass die Kritiker an Bushs Mittelostpolitik geringe Chancen haben, ihm ein Bein zu stellen. Das gilt vor allem auch für diejenigen, die im Kongress gegen die Vollmacht zur Kriegsführung gestimmt hatten.

Ernster zu nehmen sind die Vorstöße im Kongress, die Bushs Ostasienpolitik in Frage stellen. Massgebende Demokraten verlangen, dass China für seine Missachtung der Menschenrechte, aber auch für sein Dumping von Textilien und Spielwaren «bestraft» werde. Noch heftiger gehen Demokraten und einige Republikaner mit Japan ins Gericht, dem vor allem der Niedergang der amerikanischen Autoindustrie zum Vorwurf gemacht wird. Wichtigster Wortführer dieser Kritiker ist *Richard Gephardt*, Fraktionsführer der Demokraten im Repräsentantenhaus, den die «*New York Times*» beschuldigt, eine «verantwortungslose Wirtschaftspolitik» zu befürworten. Protektionistische Forderungen werden durch die Gewerkschaften unterstützt. Diese widersetzen sich auch dem Freihandelsabkommen der Vereinigten Staaten mit Mexiko. Die Zone der Opposition gegen Bushs Freihandelspolitik scheint nicht breit genug, um ihn bei den Wahlen zu gefährden.

Vorrang der Innenpolitik

Wahlen werden in der Regel nicht aufgrund der Aussenpolitik, sondern aufgrund der Innenpolitik gewonnen oder verloren. «All politics is local», pflegte «Tip» O'Neill, der vorletzte Vorsitzende des Repräsentantenhauses zu sagen. *Winston Churchill* ist 1945 nicht

wegen seiner Aussenpolitik abgewählt worden. Bush hat sich einige Blößen gegeben, die wohl weniger den Demokraten nützen, die aber eine Opposition von rechts haben aufkommen lassen. Dem äussersten rechten Flügel der Republikaner war schon Ronald Reagan nicht konservativ genug, obwohl kein konservativer Präsident in den letzten sechzig Jahren gewählt worden ist. Reagan hielt ihnen vor, dass sie lieber mit fliegender Fahne in den Abgrund reiten würden als einen Sieg zu erringen. In der Tat gingen den Republikanern mehrere Senatssitze und Gouverneursposten verloren, weil in Parteiversammlungen oder Primärwahlen unltraliberale Kandidaten aufgestellt wurden, die sich gegen die Demokraten nicht durchsetzen vermochten.

Querschüsse von rechts

Zum Wortführer der Konservativen hat sich *Pat Buchanan* aufgeworfen, der weit herum bekannt ist als Kolumnist und Fernsehpersönlichkeit. Buchanan war einst Redenschreiber für Präsident Nixon und Vizepräsident Agnew, später Mitarbeiter von Reagan im Weissen Haus. Jetzt bewirbt er sich mit isolationalistischen Sprüchen um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner. «*America First*» erinnert an *Lindbergh* in den dreissiger Jahren, und «*Come home America*» hat er gar von *George McGovern* 1972 entlehnt. Buchanan will die Auslandshilfe schrittweise abschaffen, die amerikanischen Truppen aus Europa zurückziehen und die illegale Einwanderung im Südwesten des Landes unterbinden. Er hat den Kongress als «*von Israel besetztes Gebiet*» bezeichnet, womit er auf die mächtige Lobby *Aipac* anspielte, und er ist mit andern

antizionistischen Äusserungen soweit vorgeprellt, dass er auch des Antisemitismus bezichtigt wird.

Buchanan wirft Bush vor, er habe die Republikanische Partei verraten; nachdem er zuerst in der Primärwahl in New Hampshire und nachher im ganzen Land den Sieg errungen hatte mit seinem Versprechen, die Steuern nicht zu erhöhen «*Read my lips: no new taxes*», habe er sie 1990 in einem Pakt mit dem Kongress doch gesteigert. Er habe das Civil Rights-Gesetz zuerst verworfen, aber nach einigen kosmetischen Veränderungen dann doch unterschrieben. Er habe mit andern Kehrtwendungen im Weissen Haus und im Lande herum Unsicherheit verbreitet, so etwa mit seiner Verschiebung der Ostasienreise oder mit dem Ruf nach Begrenzung der Zinsen auf Kreditkartenschulden, bei dem ihn ein Börseneinbruch zum Rückzug zwang.

Trotz der Blößen, die sich Bush gegeben hat, wird ihn Buchanan kaum gefährden können, wenn der Präsident nicht über seine eigenen langen Beine stolpert. Immerhin würde ein Achtungserfolg Buchanans in New Hampshire so ausgelegt wie seinerzeit die 42 Prozent, die *Eugene McCarthy* im Kampf gegen *Lyndon Johnson* 1968 dort errang, und die von den Massenmedien als moralischer Sieg hochgespielt wurden, was mit dazu beitrug, dass der Präsident auf eine Wiederwahl verzichtete.

Rechts von Buchanan meldet sich *David Duke* zum Turnier. Der ehemalige Nazi und Ku Klux Klan-Führer behauptet, er sei vom Saulus zum Paulus geworden. Er hat sich durch eine Schönheitsoperation ein neues Gesicht gegeben und ist einer obskuren Kirche beigetreten. Er hat sich bei der Republikanischen Partei eingeschrieben, und diese kann ihn ebensowenig loswerden wie

die Demokraten *Lyndon LaRouche*, der vom Gefängnis aus kandidiert. Nicht die Partei stellt den Kandidaten auf, sondern der Kandidat wählt die Partei aus. Bush distanziert sich mit allen Mitteln von David Duke. Dieser könnte ihm nur gefährlich werden, wenn er als Führer einer dritten Partei in den Südstaaten Stimmen der konservativen Weissen an sich ziehen würde. Der «*nuisance value*» von Buchanan und Duke ist beträchtlich.

Demokratische Aspiranten

An Bewerbern um das Präsidentenamt fehlt es nicht. Für die erste Primärwahl in New Hampshire haben sich 63 Aspiranten eingeschrieben und dafür tausend Dollar bezahlt. Die Wählerversammlungen in Iowa haben dagegen an Anziehungskraft verloren, weil *Tom Harkin*, einer der Senatoren dieses Staates, eine Vorzugsstellung geniesst. Harkin wird als «*Prairie Populist*» bezeichnet, weil er wie die Karikatur eines Demagogen aus früheren Zeiten polemisiert, klassenkämpferische Töne und isolationistische und protektionistische Postulate vorbringt. Sein Eintritt in die Politik erfolgte während des Vietnamkriegs als er auf der *Con Son* Insel «Tigerkäfige» entdeckte, in denen nach seiner Darstellung Vietcong-Leute unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten wurden. Seine Darstellung wurde als propagandistische Übertreibung und Fälschung enthüllt. Auch die Behauptung von Harkins Wahlhelfern, er habe als Kampfflieger im Vietnamkrieg gedient, hat sich als unrichtig erwiesen. Harkin ist einer der fünf Demokraten, die von den Fernsehnetzen zu Debatten aufgeboten werden, weil ihnen am meisten Chancen eingeräumt

werden. Zu diesen fünf gehört *Paul Tsongas*, ein früherer Senator, der sich aus der Politik zurückgezogen hatte, nachdem er von Leukämie befallen wurde. Er erklärt sich für vollkommen geheilt. Aber es erscheint unwahrscheinlich, dass die Demokraten nach *Michael Dukakis* noch einmal einen Griechisch-Amerikaner aus Massachusetts auf den Schild erheben werden.

Zum dritten Mal um die Kandidatur bewirbt sich *Jerry Brown*, ehemaliger Gouverneur von Kalifornien. Er ist der Prototyp einer «*freischwebenden Intelligenz*». Er möchte das ganze System ändern, das, wie er meint, von Sonderinteressen beherrscht werde, welche alle Politiker «*gekauft und bezahlt*» hätten. Brown war wegen seiner Ideenflüge in Kalifornien als «*Gouverneur Schneeflocke*» bezeichnet worden.

Robert J. Kerrey, früher Gouverneur von Nebraska, jetzt Senator, missbilligt nach wie vor vehement den Krieg in Kuwait. Das wird ihm eher als andern vergeben, weil er im Vietnamkrieg mit dem höchsten militärischen Orden, der Medal of Honor, ausgezeichnet worden war; er musste sich ein Bein am Knie amputieren lassen. Er hat sich zusammen mit einem Schwager zum Millionär aufgeschwungen mit einer Restaurantkette, die er «*Grandmother's*» nennt. Ein Verhältnis mit der Filmschauspielerin *Debra Winger* hat ihn mindestens ebenso bekannt gemacht wie seine Politik.

Besonders ernst genommen wird *Bill Clinton*, seit über elf Jahren Gouverneur von Arkansas, ein Rhodes Scholar und Absolvent der Yale Law School. Er hat sich durch die Reform des Schulwesens in seinem rückständigen Staat hervorgetan. Er hat Berater aus dem Establishment Washingtons und der Ostküste herangezogen, wie z.B. *Anthony Lake*,

eine wichtige Stimme in der Aussenpolitik. Clinton wird von Senator *Sam Nunn* aus Georgia öffentlich unterstützt, mit dem zusammen er den gemässigten Democratic Leadership Council (DLC) gegründet und geführt hat. *Jesse Jackson* tut den DLC als «*Democrats for the Leisure Class*» ab.

Nicht zu übersehen ist, dass die gesamte erste Garnitur der demokratischen Politiker Abstinenz übt: die Senatoren *Bill Bradley*, *Al Gore*, *Sam Nunn*, «*Chuck*» *Robb* und *Jay Rockefeller*, ferner Gouverneur *Mario Cuomo* von New York und *Jesse Jackson*.

Soziale Postulate

Die Themen im Wahlkampf umfassen zu einem wesentlichen Teil die Sozialpolitik. Die Demokraten verfügen noch über keinen Plan; denn sie müssen zuerst einen Kandidaten für das Präsidentenamt erküren. Bush hat, wie Reagan 1984, den letzten Wahlkampf fast ohne Programm bestritten, aber in den persönlichen Auseinandersetzungen Dukakis ausgestochen. Diesmal steht die Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Bush hatte 1988 die Schaffung von dreissig Millionen neuen Arbeitsplätzen in acht Jahren versprochen. *Lane Kirkland*, der Vorsitzende des Dachverbandes der Gewerkschaften AFL-CIO, hält ihm nun vor, dass er noch 29 750 000 Stellen zu kreieren habe. Von einem Budgetausgleich, den traditionell alle Präsidenten in Aussicht nehmen, ist schon gar nicht mehr die Rede.

Die demokratischen Bewerber halten eine allgemeine Krankenversicherung für notwendig, ohne jedoch eine überzeugende Lösung der Finanzierung vorzulegen. Der Schwangerschaftsabbruch trennt nach wie vor die Geister. In der

Handelspolitik stehen sich Protektionisten und Freihändler gegenüber. Alle empfehlen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion die freie Marktwirtschaft, als ob diese in Amerika und Europa voll verwirklicht wäre. In der Aussenpolitik kämpfen Isolationisten am rechten und am linken Flügel gegen Bushs «*neue Weltordnung*», wie immer sich diese entwickeln wird. Für eine phantomare Friedensdividende werden mehr Pläne als Dollars vorgelegt. Immer wiederkehrende Diskussionen entspinnen sich über das verbesserungsbedürftige Schulwesen und über die Bekämpfung der Kriminalität. Alle Bewerber um die Präsidentenschaft haben viel dazu zu sagen; die Durchführung obliegt jedoch weit weniger dem Bund als den Gemeinden und Staaten.

Sand im Staatsgetriebe

Sollte Bush die Wahlen gewinnen, und würden die Demokraten in beiden Häusern des Kongresses ihre Mehrheiten bewahren, dann bliebe das Staatsgetriebe weiterhin periodischen Blockierungen ausgesetzt. Der Präsident legt Gesetzesanträge vor; der Kongress schubladisiert sie. Der Kongress arbeitet Gesetze aus; der Präsident bringt sie mit seinem Veto zu Fall, wie er das 24 mal in den ersten drei Jahren seiner Amtszeit getan hat. Der Präsident durchsetzt Verwaltung und Justiz mit Republikanern; der Kongress benützt das Bestätigungsverfahren, um prominente Konservative «abzuschiessen». Skandale, oft geschürt von dem fatalen Dreieck von Massenmedien, Kongressbeamten und Interessenvertretern, dienen ebenfalls dem Zweck, entweder eine Politik zu verhindern oder eine Persönlichkeit abzuhalftern. Am Wahltag stellt sich dann

mancher Bürger die von Ronald Reagan 1980 aufgeworfene Frage: «*Are you better off than four years ago?*» (Geht es dir besser als vor vier Jahren?). Die Demokraten antworten verneinend, Bush bejahend; ein wesentlicher Teil der Bürger,

vielleicht die Mehrheit, äussert keine Meinung. Einmal mehr kommt uns Cavafys Gedicht in Erinnerung: «*Und jetzt, was soll aus uns werden ohne Barbaren? Diese Leute waren eine Art von Lösung.*»

Hans E. Tütsch

Mitterrand als sozialistischer Monarch

Über dem zweiten Septennat eines französischen Staatsoberhaupts waltet ein Unstern, so scheint die Geschichte zu lehren. Seit 1871 traten nur vier von 20 Präsidenten ein zweites, siebenjähriges Mandat an: *Jules Grévy, Albert Lebrun, Charles de Gaulle und François Mitterrand*. Durch unliebsame Ereignisse wurden in den drei Fällen vor Mitterrand die Septennate jeweilen vorzeitig abgebrochen. Grévy fiel einer Skandalwelle, Lebrun dem Debakel von 1940 und de Gaulle einem Volksvotum zum Opfer.

Solche Reminiszenzen sind einem François Mitterrand selbstverständlich präsent. Seine zweite Kandidatur von 1988 kam denn auch ziemlich überraschend, um so mehr, als er diese vordem mehrmals mit recht markanten Äusserungen von sich gewiesen hatte. Verschiedene (mutmassliche) Gründe kommen für seine Umbesinnung in Betracht. Zunächst wohl eine gewisse Befriedigung über die Spitzenstellung, auf der er seine Führungtalente entfaltete; auch möchte er es besonders sinnvoll und prestigeträchtig finden, als «Linkspräsident» den 200-Jahr-Revolutionsfeierlichkeiten von 1989 vorzustehen. So dann aber hatten ihm die Cohabitationsjahre (1986 bis 1988) mit der Chirac-Regierung arg zugesetzt. Er fasste Pläne zu

durchgreifender Revanche, Pläne, die übrigens an langfristige Zielvorstellungen der Sozialisten beim historischen Machtwechsel von 1981 anknüpften: nur noch «fortschrittliche Kräfte» sollten fortan Frankreichs Geschicke leiten dürfen. Schliesslich aber musste er seine Aufgabe, sein persönliches Werk als unvollendet empfinden: noch war nicht recht ersichtlich, mit welcher entscheidenden Leistung er in die Geschichte eingehen würde. Gewiss, das Verdienst kam ihm zu, das von de Gaulle geschaffene, scheinbar völlig verriegelte System gesprengt und so die demokratische Alternative herbeigeführt zu haben. Auch konnte vermerkt werden, dass er Frankreich, statt es in eine «sozialistische Gesellschaft» überzuführen, im Gegenteil vom marxistischen Ideenballast befreite – was einen enormen Sprung in Richtung Fortschritt und Gesundung bedeutete. Nur blieb diese Leistungsbilanz irgendwie getrübt, weil sie ungewollt, unfreiwillig und paradox erschien und nicht zuletzt – was die so stolz proklamierten Theorien betrifft – mit einer intellektuellen Blamage verbunden war. Ein zweites Septennat mochte zu neuen und eindeutigeren Verdiensten Gelegenheit bieten. Bald erschien die Europapolitik als ein Feld, wo Mitterrand einen «*grand dessein*,» in Form einer

massgebenden Förderung des Zusammenschlusses, verwirklichen könnte.

Sorge um das historische Image

Wie unterdessen das zweite Septennat die Halbzeit erreichte, begann sich zudem eine eigentliche Abgangsstrategie abzuzeichnen, in die sich institutionelle und wahltechnische Änderungsvorstöße einfügten. Einkalkuliert war vermutlich auch schon eine eventuelle Abkürzung des Mandats, vorausgesetzt, dass die Demission ehrenvoll erfolgen konnte und damit das Unstern-Syndrom widerlegt war. Die Hauptsorge galt dem Image, das sein Wirken letztlich hinterlassen würde, dem Geschichtsbild.

Niemand weißt, wie dieses aussehen wird. Es bleibt abzuwarten, was für eine Gewichtung, Hochstilisierung oder Verdeckung die verschiedenen Schichten des Materials erfahren werden, das vorliegt. Man ist in diesem Zusammenhang versucht, auf eine bestimmte politische Literatur hinzuweisen, die das französische Geschehen der letzten Jahre penetrant und jenseits des Konformismus beleuchtete. Im Vordergrund steht das Buch «*La République bananière*» von Sophie Coignard und Jean-François Lacan (Verlag Belfond). Es stellt Frankreich als Bananenrepublik dar. Man erschrickt. Wie? das moderne Frankreich unter François Mitterrand sollte diese Etikette verdienen? Das Buch erschien übrigens vor zweieinhalb Jahren. Damals begannen gewisse Missstände und die sich ausbreitende Korruption auch andere Autoren mehr und mehr zu beschäftigen.

Coignard und Lacan wagten ganz einfach den Titel: Bananenrepublik. Merkwürdig: Ein Bestseller wurde dieses Buch nicht. Es erreichte die bescheidene

Auflage von etwa 20 000 Exemplaren. Vielleicht war es Gegenstand einer gewissen Verdrängung. Auch war es der Zeit um einiges voraus. Seine etwas humorige Aufmachung mochte leicht irreführend sein: Der Inhalt war äußerst seriös.

Verdrängte Entgleisungen und Missbräuche

Sophie Coignard (31) ist Redaktorin beim liberalen Wochenmagazin «*Le Point*», und Jean-François Lacan (43) war zur Zeit der Abfassung des Buches Redakteur bei «*Le Monde*». Es handelt sich also nicht um eine engagierte und militante Rechtsattacke gegen das Mitterrand-System. Die 400seitige Schrift zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie Entgleisungen und Missbräuche schon seit *de Gaulle*, *Pompidou* und *Giscard* aufzeigt. Die monarchistischen Auswüchse, sowie zum Beispiel die Entmachtung und Erniedrigung des Parlaments, haben ihren Ursprung im Verfassungskonzept und in der Verfassungspraxis seit General de Gaulle.

Was ist das für ein Parlament, wird da vermerkt, das von der Regierung beliebig vergewaltigt werden kann? Aufgrund des berüchtigten Verfassungsartikels 48.3 wird eine Vorlage verabschiedet, ohne angenommen oder auch nur behandelt worden zu sein. Sie wird «*als angenommen betrachtet*» dank einem Druckmittel der Regierung. Diese «*setzt ihre Existenz aufs Spiel*», entgeht aber jedesmal dem Fallbeil der Tadelsmotion.

Natürlich wurde dergleichen von der Linksopposition einst scharf kritisiert. Heute jedoch geht es nur noch um die Frage, wer mit dieser verpönten Prozedur den Häufigkeitsrekord aufgestellt

hat. War es die Regierung *Chirac* mit fünf «Gewaltstreiben» in vier Monaten, oder – wie seither registriert wurde – die Regierung *Rocard* mit ihren 27 «Nötigungen» in vier Jahren?

Machtkonzentration zwischen Staat und Wirtschaft

Das erwähnte Buch lässt naturgemäß all die Skandale und Affären Revue passieren, deren betrübliche Reihe weit zurückreicht, ohne leider unter den moralbewegten und moralpredigenden Sozialisten zum Abschluss zu kommen. Da findet man etwa den Satz: «*Die Herren der Bananenrepublik zeigen einen Drang zum Spiel mit Geld und Macht, der unersättlich scheint.*» Dies bezieht sich hauptsächlich auf den Kampf um die Schlüsselstellungen in der Industrie und im Bankwesen. Bei den wiederholten Wechseln in der Cohabitations-Epoche und dem Hin und Her der Verstaatlichungen und Entstaatlichungen wurden diese Posten von den momentanen Machthabern jedesmal zugunsten ihrer Freunde und Gewährsleute umbesetzt.

Sodann aber ist es François Mitterrand, dem der Rekord in Sachen Machtkonzentration attestiert wird, unter anderem mit dem Hinweis darauf, dass die Zahl der vom Staatschef präsidierten, ausserordentlichen Ministersitzungen sich seit de Gaulle von 300 auf 1500 pro Jahr erhöht hat. Diese «Explosion», so wird erklärt, bedeutet, dass «*das Leben der Republik bis in die kleinsten Details vom Staatschef und seinen Beratern kontrolliert wird.*

Ein weiterer Rekord wird Mitterrand noch zugeschrieben, der des Nepotismus. Hierin wird seine «entscheidende Rekordleistung» in den bisherigen Ge-

schicken der «Bananenrepublik» vermerkt. Es folgen die malerischen Schilderungen dieses Günstlings- und Clan-systems, das auch anderweitig schon Gegenstand einer ansehnlichen Literatur geworden ist. Mehr und mehr begann sich der Ausdruck Bananenrepublik seit Coignard und Lacan auszubreiten. Neue Skandalepisoden, verbunden mit einem allgemeinen Prestigekollaps der Politiker, trugen dazu bei. Sogar ein sozialistischer Parlamentarier nahm das ominöse Wort in den Mund. Zwar suchte er es in einer amüsanten Pirouette von sich abzuwenden, und doch traf er damit indirekt die Sozialisten. Er erklärte nämlich: «*Am meisten enttäuscht vom Sozialismus sind die Sozialisten selber. Sie haben das Gefühl, ihre Seele verloren zu haben, und wissen nicht mehr, für was für eine Politik sie einstehen. Was die Moral betrifft: welche Glaubwürdigkeit haben wir noch, wenn wir morgen (nach einem Machtwechsel) die Bananenrepublik der anderen anprangern wollen?*

Beeinträchtigte Informationsfreiheit

Frankreichs politische Literatur zeichnet sich durch hohe Qualität und durch einen enormen Produktionsfluss aus. Man glaubt in dieser Flut von Erscheinungen so etwas wie eine Alibi-Literatur zu erkennen. Journalisten, vorab linksgerichteter Organe, schreiben in Büchern das, was sie in den Zeitungen nicht publizieren oder zurückhaltender darstellen. Die Alibi-Funktion, verbunden mit professioneller Selbstachtung, scheint diese zu sein: Wir wollen derinst nicht zu denen gehören, die nichts gewusst, nichts gemerkt und nichts gesagt haben. – Es ist daher von Interesse, dieser Frage durch Kontakte und Gespräche mit Autoren nachzugehen.

Jean-François Lacan, bei einem Treffen auf das erwähnte Phänomen in der politischen Literatur angesprochen, bestätigt dies weitgehend. Die Buchpublizistik bietet einen gewissen Freiraum, während man sich in der Presse mehr «exponiert». So ganz unbeaufsichtigt fühlt man sich allerdings nie. Lacan wurde, so berichtet er, ein paar Monate nach dem Erscheinen der «Bananenrepublik» vom Steuerinspektor heimgesucht. Kein Wunder, dass er diesen «contrôle fiscal» nicht als Zufall sehen kann, doch dies erstaunt nur den, der nicht weiss, dass die Steuerinquisition in Frankreich als Dauerbedrohung im Raum steht und dabei weit über ihre normale Kontrollfunktion einen Aufgabenkreis übernimmt, der folgendermassen zu umschreiben ist: politisches Druckmittel, Bestrafung und Einschüchterung.

Weitere Hinweise ergeben sich bei einem Gespräch mit Sophie Coignard. Sie erinnert vor allem daran, dass die Cohabitations-Periode besonders aufdekkend und enthüllend wirkte und den Karikatur-Charakter der Staatsführung – die zudem damals zweiköpfig war – hervortreten liess. Wer jedoch in gewissen Bereichen recherchieren will, so berichtet die Journalistin weiter, stösst in den Staats- und Verwaltungsstellen an eine Mauer; es ist, als unterständen selbst die Zugfahrpläne dem militärischen Geheimnis. Man ist in Frankreich weit von einem amerikanischen *Freedom of Information Act* entfernt – der allerdings praktisch alles erlaubt.

Unbequeme Enthüllungs- und Dissidenten-Literatur

Eine der prominentesten Figuren der «unbequemen» politischen Literatur ist

Thierry Pfister (46). Er war Journalist bei «*Le Monde*», als er 1981 von *Pierre Mauroy*, mit dem er seit langem befreundet war, in ein hohes Regierungsamt berufen wurde: er wurde wichtigster Berater des ersten Premierministers der Linksregierung. Er legte seine Erfahrungen 1985 in einem wertvollen Buch, einer aufschlussreichen Insider-Chronik nieder: «*A Matignon au temps de l'union de la gauche*» (Hachette). Sein kritischer Geist und seine Ehrlichkeit veranlassten ihn zu weiterer publizistischer Tätigkeit. Diese begann mehr und mehr einer Art «Dissidenten-Literatur» zu gleichen – was Pfister freilich nie vom Bekenntnis abbrachte, bei der fanzösischen Linken zu Hause zu sein. Zwischen 1986 und 1988 veröffentlichte er drei Bücher, darunter «*Lettre ouverte à la génération Mitterrand*» (Verlag Albin Michel). Diese Schrift führte den Mitterrand-Anhängern ziemlich schonungslos vor Augen, was aus ihren Konzepten und Idealen geworden war. Für Thierry Pfister bedeutete es, wie er im Gespräch mitteilt, einen eigentlichen Schock, als durch gewisse Affären die vordem so feierlich proklamierte moralische Vorbildlichkeit der Linksregierung zusammenbrach.

1985 war es die Greenpeace-Affäre, die ihm zu schaffen machte. Im neuseeländischen Hafen Auckland war das Greenpeace-Schiff «*Rainbow Warrior*», das sich zur Protestfahrt gegen die französischen Kernversuche im Pazifik rüstete, von Agenten des französischen militärischen Geheimdienstes sabotiert worden (1 Totter). Was die vormaligen Rechtsregierungen nur erwogen, aber nicht ausgeführt hatten, geschah unter einer Linksregierung, deren Anhänger einst als Kernenergiegegner, Umweltfreunde und Verfechter von Moral und Rechtsstaatlichkeit bekannt gewesen

waren. Pfister gehört zu den wenigen Autoren, die Mitterrand in dem wochenlangen, monumentalen Falschspiel, das in Paris dem Attentat nachfolgte, in deutlicher Sprache der Lüge überführt. Allerdings: Wer hier für Mitterrand eine vernichtende Schlappe oder so etwas wie einen Impeachment-Grund sehen sollte, hat nichts begriffen. Es handelte sich um eine Staatslüge, für die der Präsident weder von der Opposition, noch von der Öffentlichkeit Verurteilung zu befürchten hatte.

Dünne Schicht demokratischer Kultur

Was Pfister noch fast mehr bewegte, war 1986 die Affäre «*Carrefour du développement*», die Veruntreuung von rund 20 Millionen Francs Entwicklungshilfe-Geldern zugunsten der Sozialistischen Partei. Mit den kriminellen Handlungen, die dem damaligen Kooperationsminister *Christian Nucci* angelastet wurden, hatte sich ein parlamentarisches Hochgericht zu befassen. Im Januar 1990 kam ein vom Parlament verabschiedetes Amnestygesetz für Nucci höchst gelegen: er blieb straflos.

Dem Journalisten Thierry Pfister war das «monarchische» Gehabe Mitterrands schon früher bei dessen Wirken als Parteichef aufgefallen. Die Übertragung dieses Stils auf Staatsebene konnte ihn daher nicht überraschen. Was ihn aber enttäuschte, war die Akzeptanz dieser Sitten durch seine Parteigenossen. Dies führt ihn zur Feststellung: Nur eine dünne Schicht demokratischer Kultur liegt in Frankreich über der mächtigen monarchistischen Tradition mit ihren Strukturen, ihrer Hierarchie und Mentalität. Die politische Kultur der Demokratie sodann ist «sehr primitiv», was allerdings bei wichtigen Urnengän-

gen eine erstaunliche Instinktsicherheit nicht ausschliesst. Die Franzosen lassen sich gerne von überragenden Führungs-Persönlichkeiten und Politstrategen imponieren, aber sie sind auch fähig, diese dann einmal völlig unsentimental fallenzulassen und zu verabschieden.

Einschüchterung als Methode

Als Lektor im Verlagshaus *Albin Michel* bemerkte sodann Pfister: «*Unser unabhängiges, zu keinem Grosskonzern gehörendes Unternehmen muss ange-sichts gewisser Risiken auf äusserste Sorgfalt und Fundiertheit bedacht sein. Dies namentlich auch beim Anfassen heisser Eisen etwa im Steuerwesen. An der Gefahr von Prozessen mit gegebenenfalls ruinösen Urteilen muss möglichst vorbeigesteuert werden.*» Dies mahnt an eine Affäre, die auf einer etwas anderen publizistischen Ebene im Sommer 1990 dem Wochenmagazin «*L'Evènement du jeudi*» widerfuhr. Diese unabhängige, parteilose Wochenschrift konnte als eine wertvolle Stütze des Linksregimes betrachtet werden, weil sie bei kritischen Stellungnahmen gegen die Linksregierung jedesmal die Rechte noch härter anfasste. Im Juni vorletzten Jahres kam es zu einem Krach. Das Magazin kritisierte die Afrikapolitik des Staatschefs, womit sie aber vor allem gegen dessen Sohn *Jean-Christophe Mitterrand* zielte, der im Elysée als Berater und «graue Eminenz» die Afrikabelange betreut. Die Kritik streifte auch noch das persönliche Betragen des Präsidentensohnes. Umgehend folgte eine Verleumdungsklage, und das Magazin wurde zu 80 000 Francs Schadenersatz verurteilt. *Jean-François Kahn*, der Herausgeber des Magazins, protestierte energisch gegen diesen «ge-

richtlichen Keulenschlag», gegen diese Strafe wegen «Majestätsbeleidigung auf Unterstufe», gegen einen zunehmenden, über der Presse waltenden «Abschreckungsterrorismus» und vor allem gegen die gerichtliche Schnellprozedur, die der Verteidigung praktisch keine Chancen liess.

Monarchistische Allüren

Auf dem Gebiet der erwähnten «Aliibi-Literatur» haben sich mehrere Journalisten von «Le Monde» hervorgetan. Daniel Schneidermann zum Beispiel veröffentlichte: «Tout va très bien, monsieur le Ministre» (Belfond). Inmitten vieler Aperçus aus den Regierungssphären richtet der Autor auch einen Blick auf den Staatschef in seinem Umfeld von Höflingen und Bücklingen. Der «Monarch», so bemerkt er, ist für Schmeicheleien nicht unempfänglich, vorausgesetzt, dass sie sich nicht durch Plumpheit annullieren. Und laut dem Verfasser nimmt Kulturminister Jack Lang (heute auch Kommunikationsminister) im Chor der Bewehräucherer Mitterrands die unerreichte Spitzenstellung ein.

Pierre Servent, ebenfalls von «Le Monde», widmete eine 300seitige Studie allein dem ausserordentlich komplexen Verhältnis zwischen Staatspräsident und Premierminister («Oedipe à Matignon», Verlag Balland). Wie er darlegt, pflegt der Staatschef den ihm untergebenen Regierungschef auf jede erdenkliche Art zu instrumentalisieren. Bald wird er zum Prestigegegewinn, bald als «Sündenbock» verwendet, sicher aber wird er dann eines Tages als verbraucht ausgebootet. Angesichts solcher Konsumfreude erblickt der Autor im Staatschef

eine Art Moloch und schreibt: «Der Staatspräsident frisst seine männlichen Kinder.» Und in erstaunlicher Voraussicht fügt er (1989) hinzu: «Wie, wenn einmal eine Frau in den schönen Palast der Ministerpräsidentschaft aufrückt?» – Heute weiss man die Antwort. Edith Cresson ist im Mai 1991 glorreich all den männlichen Vorgängern nachgefolgt. Und nun geniesst sie als Frau zweifellos – auf französisch-monarchische Art – volle Gleichberechtigung.

«Normalisation ratée»

Als Chefredaktor/Direktor der linksgerichteten Zeitung «Libération» wirkt der bedeutende Publizist Serge July. Sein Buch «Les années Mitterrand» (Grasset, 1986) möchte man als das Erzeugnis eines professionellen Sympathisanten Mitterrands für uninteressant halten. Weit gefehlt. Die Schrift steuert zunächst zur Porträtiierung Mitterrands einige kräftige Pinselstriche bei. Sodann wird die taktische Virtuosität des Politstrategen mitunter als «zynisches Kalkül» oder «Machiavellismus» gewürdigt. Beachtentwert ist aber vor allem die politische Analyse, die July von den Mitterrand-Jahren anstellt, wobei er indes ein zweites Septennat noch nicht voraussehen konnte. Er fasst diese Jahre (so lautet der Untertitel des Buches) als «Die barocke Geschichte einer unvollenständen Normalisierung» auf. Mitterrand hat aus Frankreich in vielfacher Beziehung ein «normaleres» Land gemacht. Dem wird man nur beipflichten können. Aber, so wäre anzumerken, er «normalisierte» noch Verschiedenes, was er vorher anprangerte: die Verfassungspraxis, die «Monarchie», das Waffengeschäft und so weiter. Indes arbeitete er laut

July noch an einer anderen, wichtigen Normalisierung. Durch die Zusammenfassung der Parteien in zwei grosse Lager zur Linken und zur Rechten sollte ein Alternativsystem angelsächsischen Musters herbeigeführt werden. Hier kam offenbar etwas dazwischen. Die Linksunion war nicht von Dauer, und um die Rechte zu spalten und zu diskreditieren, kam der rechtsextreme Front National höchst gelegen. Es entstand ein Trümmerfeld, über dem wenigstens der Staatschef noch souverän thronen konnte. In diesem Punkt gelang die Normalisierung nicht: *Histoire d'une normalisation ratée*.

Okkulte Methoden der Parteifinanzierung

Ob all den Bucherscheinungen stand die Zeit nicht still. Die politischen Ereignisse wandten sich nicht zum besten. Auf dem Gebiet der «Affären» wuchsen sich besonders die illegalen Finanzierungsmethoden der Sozialistischen Partei zum grösseren Skandal aus. Das System der gefälschten Rechnungen und Scheinfakturen erwies sich als ein landesweit funktionierendes Netz von Finanzpumpen, die bei der Vergebung und Ausführung öffentlicher Arbeiten Geldsummen in die sozialistischen Parteikassen überleiteten. Nicht dass die Bürgerparteien diesbezüglich auf «Sauberkeit» pochen könnten, nur wurden die perfektionierten Methoden der Sozialisten auf besonders peinliche Weise blossgestellt. Dazu kam der massive Druck, den die Regierung auf die Justiz ausübte, um deren Nachforschungen zu behindern. So wurde ein Untersuchungsrichter von Le Mans, Thierry Jean-Pierre, der in zu «heikle Bereiche»

vorstossen wollte, mit der Hierarchie in einen wahren Kampf verwickelt, wobei ihm schliesslich das Verfahren entzogen wurde. Noch mehr Aufsehen erregte im Juni 1989 die Versetzung des in Marseille wirkenden Polizeiinspektors *Antoine Gaudino*, der in der gleichen Sache ebenfalls zu eifrig recherchierte. Die Wirbel um diese Finanzierungsaffäre, die auch Präsident Mitterrands Wiederwahl-Kampagne von 1988 tangierte, führte zu einem «*Sauberkeitsvorstoss*», der dann aber erst recht einen zweifelhaften Geruch hinterlassen sollte. In der Annahme, dass durch die gesetzlichen Regelungen seit 1988 auf dem Gebiet der Parteifinanzierung künftig für Ordnung und Transparenz gesorgt sei, glaubten die führenden Politiker die früheren Sünden auslöschen zu dürfen. Es kam zu zwei Amnestiegesetzen, die Straferlass in Sachen deliktischer Parteifinanzierung brachten. Davon profitierten Behördemitglieder und vor allem Parlamentarier, vorausgesetzt die Gelder waren nicht in ihre eigenen Taschen geflossen. Diese «*Selbstamnestie*» war von verheerender Wirkung. Sie empörte die Öffentlichkeit und führte auch zu nie gesehenen Protest- und Aufruhrszenen in den Justizberufen. Richter liessen ostentativ Kleindelinquenten laufen, die eigentlich Strafe verdienten; Häftlinge randalierten und lärmten in ihren Gefängnissen: Was haben wir hier eigentlich noch zu tun? Als Endergebnis der ganzen Operation war zu vermerken, dass kleinere Fische wie Firmenchefs, Unternehmer und Mittelsmänner, die sich abgeschirmt glauben konnten, vor Gericht standen, dass sich hingegen die Politiker bis zur Spitze hinauf amnestiert hatten und dass, wie kürzlich festgestellt wurde, gewisse okkulte Parteifinanzierungsmethoden seit zwei Jahren weiterhin praktiziert wurden.

Abnützung der Staatsmacht und öffentliche Missstimmung

Wenn mit solchen Manövern die Diskreditierung der «politischen Schichten» bezweckt war, so konnte nur ein durchschlagender Erfolg registriert werden. Wie durch Zufall verbreitete sich ab 1989 eine allgemeine politische Krisenstimmung. Bei verschiedenen Wahlen stellte man ungewöhnlich schwache Stimmabstimmungen fest. Die traditionellen Parteien verloren zudem Stimmen an die Grünen oder – was weit bedenklicher war – an den rechtsextremen Front National. Die politischen Beobachter und Medien liessen fortan periodisch Alarmsignale wie: Regimekrise, institutionelle Krise, Krise der Moral und Krise der Demokratie ertönen. Mitunter wagten sie sogar, von der Abnützung der Staatsmacht oder vom herannahenden *«fin de règne»* zu sprechen. Aber die öffentliche Missstimmung beruht wohl auch auf einem Gefühl der Ausweglosigkeit. Die Sympathien, die die Linksregierung verlor, wandten sich durchaus nicht mit überschäumendem Elan der Opposition zu. Das Lager der Bürgerparteien scheint zu einer glaubhaften und attraktiven Erneuerung unfähig, solange in diesem Konglomerat die unverrückbaren Figuren Chirac und Giscard in bemühender Weise die Landschaft verstellen.

Fin de règne? Auch in der politischen Publizistik erschienen mehr und mehr Andeutungen in dieser Richtung, wenn man, ganz abseits der «Alibi-Literatur», eine Anzahl Bucherscheinungen beobachtet. Engagierte und oft auch prominente Sozialisten traten mit Schriften hervor, die zur internen Kritik und zur Selbstkritik neigten oder gar Dissidenzcharakter annahmen. Da fand ein Autor (übrigens ein amtierender Minister) die

«übertriebene *«Präsidentialisierung»* habe unter Mitterrand einen extremen Grad erreicht». Ein anderer rief nach Aufwertung und Rehabilitation des Parlaments. Wieder andere beklagten die Beteiligung am Golfkrieg und die Preisgabe einstiger Ideale. Nochmals andere postulierten institutionelle Neuerungen oder kurzweg eine «*Sechste Republik*». In der Presse war zu beobachten, dass da und dort der Ton weniger respektvoll wurde. So etwa im satirischen *«Canard enchaîné»*, der als gutes Stimmungsbarometer gelten kann. Dieses traditionelle Linksblatt gab seinem kritischen Talent nun selbst gegen die Linksführung nach, nachdem es sich in dieser Richtung einst grosse Mengen von Humorstoff hatte entgehen lassen.

Besser als das Bild?

All dies begann ein wenig nach einem «Verlassen des Schiffes» auszusehen. Vielleicht bahnte sich ein Szenario an, in welchem noch viele über Mitterrand herfallen würden, gerade auch von jenen, die ihn vorher verehrt hatten oder ihm ihren Aufstieg verdankten. Distanzierten Beobachtern aber musste Mitterrand unter solchen Umständen nur um so sympathischer erscheinen.

An diesem Punkt mochte man sich an ein Kurzporträt erinnern, das der überragende Publizist und *«Le Monde»*-Redakteur Pierre Viansson-Ponté (gestorben 1979) von Mitterrand im Jahre 1968 verfasst hatte. In seinem Buch *«Après de Gaulle qui?»* (Seuil), das mehrere mögliche de Gaulle-Nachfolger Revue passieren liess, wurde in geradezu genialer Weise das meiste von dem vorweggenommen, was man später an Wesenszügen noch etwa finden konnte. Da wurde mit verblüffender Treffsicherheit in die

italienische Renaissance verwiesen mit Stichworten wie Condottiere, *Machiavelli* und *Lorenzo il Magnifico*, worauf dann aber auch der ewig-französische *Balzac* beigezogen wurde mit seinen Romanfiguren Rastignac und Julien Sorel. Das Ganze gipfelte erst noch in einer Art böswilliger Voraussicht: «*Verräter der Linken*». Schliesslich führte der Au-

tor eine Blütenlese von Adjektiven an, die anscheinend auf Mitterrand passten – es waren nicht die schmeichelhaftesten. Dem Porträtierten wurde es unbehaglich, und er holte mit energischer Geste zu einer Abmilderung und Korrektur aus, indem er betonte: Dieser Mann ist besser als das Bild, das von ihm vermittelt wird.

H. U. Meier

Der wiedervereinigte Duden

Der letzte gesamtdeutsche Duden war die dreizehnte Auflage von 1947. Seit 1951 und 1954 erschienen zwei voneinander unabhängige Ausgaben in Leipzig und in Mannheim. Über vier Jahrzehnte gab es keinen Kontakt zwischen den beiden Duden-Redaktionen, kein Telephongespräch und keinen Briefwechsel. Aber offenbar gab es eine stillschweigende Übereinkunft, die verhinderte, dass sich weder im Regelwerk noch im Wörterverzeichnis Abweichungen oder Widersprüche einschlichen. Im Leipziger Duden fehlte zwar ein Kompositum wie «Weltreise», es fehlte auch die Zusammensetzung «Meinungsfreiheit»; aber es fehlten da auch Begriffe wie «Republikflucht» und «Stasi», weil man um dergleichen Sachverhalte im Wörterbuch wenigstens lieber einen Bogen machte. Seit 1991 sind die beiden Duden-Redaktionen wieder vereinigt, und im August feierte man in Leipzig das Erscheinen des wiederum gemeinsam erarbeiteten Dudens. Günther Drosdowski, der Leiter der Duden-Redaktion, konnte anlässlich eines feierlichen Empfangs der Freude darüber Ausdruck geben, dass in den Jahren der Spaltung das einigende Band der deutschen Sprache nie zerrissen war.